

EU-Informationen der HSS- Verbindungsstelle Brüssel

Februar 2011

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Judith Klara Weiss

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 14. bis zum 20. Februar 2011

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Europäische Bürgerinitiative ab 2012

Nachdem das Europäische Parlament bereits im Dezember zugestimmt hatte, verabschiedete der Rat am 14.02. die Verordnung für eine Europäische Bürgerinitiative. Der Rechtstext ist am 16.02. von Rat und EP unterzeichnet worden und tritt 20 Tage nach seiner Veröffentlichung in Kraft. Anwendbar wird er ein Jahr später, so dass voraussichtlich ab März 2012 die ersten Initiativen gestartet werden können. Um die Kommission veranlassen zu können, einen Gesetzesvorschlag zu unterbreiten, sind eine Million Unterschriften aus mindestens sieben Mitgliedstaaten erforderlich. Die erforderliche Zahl der Unterschriften pro Mitgliedstaat hängt von dessen Einwohnerzahl ab und beläuft sich auf 3.750 bis 74.250.

<http://www.consilium.europa.eu/showFocus.aspx?id=1&focusId=559&lang=de>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/pe00/pe00065.de10.pdf> (Verordnung)

2. Kommission stimmt begrenzter Änderung des Lissabon-Vertrags zu

Die Kommission sprach sich am 16.02. dafür aus, den Vertrag von Lissabon noch vor 2013 zu ändern, um einen europäischen Stabilitätsmechanismus einführen und die Stabilität im Euro-Währungsgebiet gewährleisten zu können. Nach Dafürhalten der Kommission hat die vorgeschlagene Änderung des Artikels 136 des Vertrags über die Arbeitsweise der Union (AEUV) keinerlei Auswirkungen auf die Zuständigkeiten der EU. Da nur die internen Politikbereiche und Maßnahmen der EU betroffen sind, sind nach Meinung der Kommission die Voraussetzungen für die Anwendung des vereinfachten Änderungsverfahrens erfüllt. Bei der Aussprache im Europäischen Parlament am 15.02. äußerten jedoch zahlreiche Abgeordnete Kritik an dem vorgesehenen intergouvernementalen Verfahren anstelle der Gemeinschaftsmethode.

Der Europäische Rat schlägt vor, folgenden neuen Absatz 3 in Artikel 136 AEUV einzufügen: „(Die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, können einen Stabilitätsmechanismus einrichten, der aktiviert wird, wenn dies unabdingbar ist, um die Stabilität des Euro-Währungsgebiets insgesamt zu wahren. Die Gewährung aller erforderlichen Finanzhilfen im Rahmen des Mechanismus wird strengen Auflagen unterliegen.“

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/153&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Annahme des neuen Komitologieverfahrens

Der Rat verabschiedete am 14.02. nach Einigung mit dem EP in erster Lesung die Verordnung zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/11/st06/st06378.en11.pdf>

II. Internationales und Entwicklungspolitik

a) Internationales

1. Europäisches Parlament fordert rasche Umsetzung der Donaustrategie

In seiner Entschließung vom 17.02. appelliert das EP an den Europäischen Rat, auf seiner Tagung im Juni einen Terminplan mit konkreten Aktionen zu verabschieden. Die Verbindung von Mitgliedstaaten und -Nachbarländer im Rahmen eines makro-regionalen Konzepts könne eine neue territoriale Dynamik schaffen. Sofern alle Interessensgruppen sowie Akteure der Zivilgesellschaft eingebunden würden, könnte dies zu einer besseren Koordinierung und terminlichen Abstimmung von mit EU-Mitteln geförderten Projekten und strategischen Investitionen in benachbarten Regionen beitragen. Darüber hinaus könnte die Donaustrategie "einen erheblichen Beitrag zur Überwindung der Trennlinien der Vergangenheit in Europa und zur Verwirklichung der europäischen Einigung" leisten.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110216IPR13778/html/Donaustrategie-EU-Abgeordnete-dr%C3%A4ngen-Anrainer-auf-schnelle-Umsetzung> (PM EP)

2. Abkommen mit EWR-Ländern über Finanzbeiträge und Handel

Das Europäische Parlament stimmte am 15.02. dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss eines Übereinkommens zwischen der EU, Island, Liechtenstein und Norwegen über einen EWR-Finanzierungsmechanismus für den Zeitraum 2009–2014, eines Abkommens zwischen der EU und Norwegen über einen Norwegischen Finanzierungsmechanismus für den Zeitraum 2009–2014, eines Zusatzprotokolls zum Abkommen zwischen der EWG und Island mit Sonderbestimmungen für die Einfuhr bestimmter Fische und Fischereierzeugnisse in die EU für den Zeitraum 2009–2014 und eines Zusatzprotokolls zum Abkommen zwischen der EWG und Norwegen mit Sonderbestimmungen für die Einfuhr bestimmter Fische und Fischereierzeugnisse in die EU für den Zeitraum 2009–2014 zu.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0044+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

3. Beitritt Kroatiens näher gerückt

In seiner Entschließung vom 16.02. zeigt sich das Europäische Parlament überzeugt, dass die Beitrittsverhandlungen zwischen Kroatien und der EU in der ersten Jahreshälfte 2011 erfolgreich beendet werden, sofern Kroatien am eingeschlagenen Reformkurs festhält. Herausforderungen seien noch der Kampf gegen die Korruption, Hilfen für rückkehrende Kriegsflüchtlinge und die Neustrukturierung der Schiffswerften. Sorgen bereiten den Abgeordneten die Ergebnisse der neuesten Eurobarometer-Umfrage, wonach sich die Mehrheit der Kroaten durch eine EU-Mitgliedschaft keine Vorteile für ihr Land verspricht. Der Beitritt unterliegt nach der kroatischen Verfassung einem Volksentscheid. Der Bericht wurde mit 548 Ja-Stimmen gegen 43 Nein-Stimmen und 52 Enthaltungen angenommen.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110215IPR13736/html/Kroatien-bald-28.-Mitgliedstaat> (PM EP)

4. Besorgnis im EP hinsichtlich Rechtsstaatlichkeit in Russland

Vor dem Hintergrund des Prozesses gegen Michail Chodorkowski äußerte das Europäische Parlament am 17.02. die wachsende Besorgnis bezüglich Menschenrechtsverletzungen in Russland, einschließlich des Rechts auf friedliche Versammlung. Eine "Überprüfung der Anklagepunkte und laufenden Verfahren gegen den Preisträger 2009 des vom Europäischen Parlament verliehenen Sacharow-Preises für geistige Freiheit, Oleg Orlov" wird gefordert. Auch weist das Parlament erneut darauf hin, "dass nach der Ermordung von Natalja Estemirowa, einem führenden Mitglied von „Memorial“ in Tschetschenien, keine wirksamen Ermittlungen durchgeführt worden sind". Sie fordern die russischen Justiz- und Strafverfolgungsbehörden auf, "ihre Aufgaben gründlich, unparteiisch und unabhängig wahrzunehmen."

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110216IPR13771/html/Wachsende-Besorgnis-%C3%BCber-Achtung-der-Rechtsstaatlichkeit-in-Russland> (PM EP)

5. Förderung des politischen Wandels in Ägypten

In seiner Entschließung vom 17.02. fordert das Europäische Parlament die EU auf, ihre politische und finanzielle Strategie zur Unterstützung des demokratischen Übergangs Ägyptens zu

verbessern. Die Vermögenswerte von Personen, die als verantwortlich für die Veruntreuung staatlicher Gelder gelten, sollen eingefroren werden. Die EU-Finanzinstrumente, wie etwa das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI), die Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR) sowie das Instrument für Stabilität seien zu stärken, damit sie eine Schlüsselrolle spielen können. Kritik übten die Abgeordneten an der 2008 gegründeten Mittelmeerunion zwischen 27 EU-Mitgliedstaaten und 16 Staaten des Mittelmeerraumes. Diese habe nicht den Bedürfnissen der Menschen entsprochen.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110217IPR13812/html/%C3%84gypten-politischen-Wandel-st%C3%A4rken-Verm%C3%B6gen-Verantwortlicher-einfrieren> (PM EP)

6. Eine Milliarde Euro für KMU im Mittelmeerraum

Das Europäische Parlament beschloss am 17.02. im Rahmen des neuen externen Mandats der Europäischen Investitionsbank, den Gesamtbetrag der Garantien für Darlehen der Bank für Projekte außerhalb der EU bis Ende 2013 um 1 Mrd. EUR zu erhöhen. Diese Mittel sollen zur Finanzierung von KMU und Infrastruktur im Mittelmeerraum eingesetzt werden.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110216IPR13784/html/An-extra-billion-euros-in-finance-for-Mediterranean-basin-projects> (PM EP)

7. Armenien erhält 100 Mio. EUR Zahlungsbilanzhilfe

Die EU und Armenien unterzeichneten ein Abkommen über 100 Mio. EUR makrofinanzielle Hilfe in Form eines Darlehens über 65 Mio. EUR und eines Zuschusses in Höhe von 35 Mio. EUR. Damit wird das mit dem Weltwährungsfonds (IMF) abgestimmte Programm zur Hilfe in der Finanzkrise unterstützt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/202&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

b) Außenhandel

1. Freihandelsabkommen EU-Südkorea nimmt letzte Hürde im EP

Nachdem strenge Schutzklauseln zugunsten der europäischen Autoindustrie durchgesetzt sowie Zusicherungen der südkoreanischen Regierung erhalten wurden, dass die neue südkoreanische Gesetzgebung zum CO₂-Ausstoß von Automobilen nicht nachteilig auf europäische Autohersteller auswirkt, hat am 17.02. das Europäische Parlament seine Zustimmung zum anspruchsvollsten Handelsabkommens, das die EU jemals verhandelt hat, gegeben.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110216IPR13769/html/Freihandelsabkommen-EU-S%C3%BCdkorea-nimmt-letzte-H%C3%BCrde-im-EP> (PM EP)

c) Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

1. EP begrüßt Energiestrategie der Weltbank für die Entwicklungsländer

In seiner Entschließung vom 17.02. begrüßt das Europäische Parlament die Energiestrategie und weist erneut darauf hin, dass darin speziell darauf eingegangen werden sollte, wie der Zugang zu Energiedienstleistungen Menschen dabei helfen kann, die Armut zu überwinden, wobei gleichzeitig der Übergang zu einer ökologisch nachhaltigen Energieentwicklung bewerkstelligt werden sollte. Das EP fordert die Weltbank nachdrücklich auf, ein Konzept für die Entwicklung des Privatsektors zu verfolgen, das den Armen größtmöglichen Nutzen bringt und gleichzeitig den Klimawandel bekämpft und betont, dass ökologische und soziale Faktoren sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene in einer umfassenden Kosten-Nutzen-Analyse der Energieoptionen berücksichtigt werden müssen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0067+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. Ausweitung der Zusammenarbeit mit Südafrika

Das Europäische Parlament stimmte am 15.02. dem Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Südafrika andererseits zur Änderung des Abkommens über Handel, Entwicklung und Zusammenarbeit zu. Durch diese Änderung werden neue Artikel eingeführt, die sich auf relativ gut abgesteckte Bereiche der EU-Entwicklungszusammenarbeit mit Südafrika beziehen: der Kampf gegen Massenvernichtungswaffen; die Bekämpfung des Terrorismus; der Kampf gegen Geldwäsche, gegen die Finanzierung terroristischer Aktivitäten und gegen das organisierte Verbrechen; der Kampf gegen die Produktion, den Handel und den massenhaften Besitz von so genannten Kleinwaffen und leichten Waffen; die Prävention von Söldneraktivitäten und die uneingeschränkte Unterstützung für den Internationalen Strafgerichtshof.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0043+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

5. EP verurteilt Gewaltausübung zwischen Thailand und Kambodscha

In seiner Entschließung vom 17.02. verurteilt das EP die Zusammenstöße an der Grenze zwischen den Streitkräften des Königreichs Kambodscha und des Königreichs Thailand und fordert alle Parteien nachdrücklich auf, äußerste Zurückhaltung zu wahren und die notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Spannungen zu reduzieren und ihren Dialog wiederaufzunehmen, um ihre Differenzen friedlich zu lösen und die Unterstützung der ASEAN und der Vereinten Nationen anzunehmen. Ferner fordert das EP beide Staaten auf, eine Lösung zu finden, die einen unmittelbaren Zugang von ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet zum Tempel von Preah Vihear ermöglicht, und Bürger des jeweils anderen Staates nicht am Betreten des Tempels oder des Grenzgebiets zu hindern.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0072+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit

1. Tragfähige und angemessene Rentensysteme

Der Rat beschloss am 15.02., dass die Haushaltskonsolidierung von Reformen zur Gewährleistung tragfähiger und angemessener Rentensysteme flankiert werden sollte. Dabei gelte es insbesondere, das effektive Rentenalter anzuheben und Rentenalter und/oder Rentenleistungen besser an Veränderungen der Lebenserwartung zu knüpfen, Vorruhestandsregelungen, durch die die Erwerbsbevölkerung zu schrumpfen droht, einzuschränken sowie eine aktive Arbeitsmarktpolitik und lebenslanges Lernen zu fördern. Zwar würden gesetzliche Renten auch weiterhin eine wichtige Rolle spielen, doch könnten private Ersparnisse einschließlich der Systeme der zweiten Säule eine nützliche Ergänzung zwecks Aufstockung von Rentenbezügen darstellen und sollten deshalb gefördert werden.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st05/st05991.de11.pdf>

2. Rat für Maßnahmen zu aktiver Arbeitsmarktpolitik

Nach dem Beschluss des Rates vom 15.02. sollte die Arbeitsmarktpolitik darauf gerichtet sein, die fachliche Qualifikation zu fördern, Arbeitsanreize zu schaffen und den Ausschluss vor allem schwächerer Gruppen aus dem Arbeitsmarkt zu reduzieren.. Der Faktor Arbeit sollte nach Möglichkeit steuerlich entlastet werden. Steuer- und Sozialsysteme, flexible Arbeitszeitregelungen und Kinderbetreuungsmöglichkeiten sollten darauf ausgerichtet werden, die Beteiligung am Arbeitsmarkt zu erleichtern. Die Unterstützung von Arbeitslosen sollte im

Allgemeinen daraufhin überprüft werden, ob sie Anreize zur Aufnahme einer Arbeit vermittelt. Starre Strukturen auf den Arbeitsmärkten seien abzubauen. Die Vorschriften für die Anerkennung beruflicher Qualifikationen sollten im Interesse der Freizügigkeit vereinfacht werden.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st05/st05991.de11.pdf>

3. Renten sollen sicher sein

In seiner Entschließung zum Grünbuch mit dem Titel „Angemessene, nachhaltige und sichere europäische Pensions- und Rentensysteme“ fordert das EP die Mitgliedstaaten auf, bei Rentenreformen Nachhaltigkeit und angemessenes Einkommen zu berücksichtigen. Die EU-Mitgliedstaaten müssten handeln, um zu gewährleisten, dass die Rentensysteme der wachsenden Zahl europäischer Rentner trotz der Wirtschaftskrise eine nachhaltige und angemessene Rente bieten können. Angegangen werden müssen zudem die Übertragbarkeit von Renten sowie die Ungleichheiten, mit den Frauen und ältere Arbeitnehmer konfrontiert sind.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0058+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung)

4. EP-Innenausschuss für Roma-Strategie

Nach dem Beschluss des EP-Innenausschusses vom 14.02. sollten die 10 bis 12 Millionen Roma in der EU europaweit Förderung für ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Integration erhalten. Priorität seien Zugang zu Beschäftigung und Bildung, der Schutz von Grundrechten, besserer Einsatz europäischer Fördermittel und eine Einbeziehung von Romafrauen in die Ausarbeitung von Politiken.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110214IPR13638/html/EU-strategy-on-Roma-inclusion-MEPs-set-out-priorities>

5. EU-Globalisierungsfonds hilft Entlassenen im polnischen Maschinenbau

Die Kommission hat am 14.02. einen Antrag Polens auf Unterstützung durch den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) genehmigt. Mit den von den polnischen Behörden beantragten 453 570 EUR sollen 200 Arbeitslose unterstützt werden, die zuvor für drei Maschinen- und Gerätehersteller in der polnischen Region Podkarpackie (Karpatenvorland) gearbeitet haben. Der Antrag wird jetzt dem EP und dem Rat zur Entscheidung über die Freigabe der Mittel vorgelegt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/150&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

6. Belgien wegen Diskriminierung bei sozialer Sicherheit verklagt

Mehrere europäische Bürger, die zwar nicht die belgische Staatsangehörigkeit besitzen, aber für belgische Behörden in Belgisch-Kongo und Ruanda-Burundi gearbeitet und auch in das belgische System der sozialen Sicherheit eingezahlt haben, genießen nicht dieselben sozialen Rechte wie ihre belgischen Kolleginnen und Kollegen. Nachdem die Kommission 2010 eine ergänzende „mit Gründen versehene Stellungnahme“ an die belgischen Behörden übermittelte, hat sie nun beschlossen, Belgien vor dem Europäischen Gerichtshof zu verklagen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/165&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

11. Italien muss Diskriminierung qualifizierter Arbeitnehmer beenden

Die Kommission hat Italien aufgefordert, die langjährige Berufserfahrung, die Ärzte in anderen Mitgliedstaaten gesammelt haben, bei der Einstufung sowie den Arbeitsbedingungen (wie Gehalt, Dienstgrad und Karriereaussichten) im öffentlichen Sektor in Italien zu berücksichtigen. Außerdem forderte die Kommission Italien in einem getrennten Verfahren auf, die diskriminierende Regelung außer Kraft zu setzen, nach der Lehrkräfte, die ihre Qualifikationen in Italien erworben haben, Zusatzpunkte bei ihrer Einordnung in Wartelisten für Lehramtsstellen erhalten. Die Kommission stuft die derzeitigen Regelungen als diskriminierend ein, weil sie jeweils hauptsächlich Arbeitnehmer aus anderen Mitgliedstaaten benachteiligen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/167&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=26&langId=de>

b) Gesundheit

Wirksamere Bekämpfung von gefälschten Arzneimitteln

Das EP billigte am 16.02. einen mit dem Rat abgestimmten Richtlinienentwurf durch den verhindert werden soll, dass gefälschte Arzneimittel in die legale Lieferkette gelangen. Vorgesehen sind eine besondere Kennzeichnung von genehmigten Internet-Apotheken und eine Aufklärung der Bürger über die Risiken des Internetkaufs. Für verschreibungspflichtige Medikamente werden, außer bei Fehlen eines Fälschungsrisikos, Sicherheitsmerkmale eingeführt. Nichtverschreibungspflichtige Arzneimittel sollen nur bei eindeutigem Fälschungsrisiko gekennzeichnet werden müssen. Über ein Kontrollsystem soll sicher gestellt werden, dass Schnellwarnungen in allen Mitgliedstaaten rasch verbreitet werden und dass gefährliche Arzneimittel von den Patienten zurückgeholt werden können. Der Rat muss noch förmlich zustimmen.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content> (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0056+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

IV. Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

b) Landwirtschaft

1. Aussetzung der Einfuhrzölle auf Getreide für bestimmte Zollkontingente

Die Einfuhrzölle auf bestimmte Getreideimporte in die EU werden ab 21.02. bis Ende Juni 2011 ausgesetzt, um insbesondere bei Tierfutter den Druck vom Binnenmarkt zu nehmen. Diese Maßnahme, die am 17.02. von den Mitgliedstaaten im Verwaltungsausschuss befürwortet wurde, soll dafür sorgen, dass die Märkte in der EU im Gleichgewicht bleiben. Die Aussetzung betrifft Zollkontingente für Weichweizen geringer und mittlerer Qualität und für Futtergerste, wobei die Präferenzzölle von 12 EUR/Tonne bzw. 16 EUR/Tonne für die Kontingentsmengen auf Null gesenkt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/197&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Spanien missachtet EU-Richtlinie über unerwünschte Stoffe in Tierfutter

Die Kommission hat Spanien aufgefordert, die nationalen Vorschriften zur Umsetzung der [Richtlinie über bestimmte unerwünschte Stoffe in Tierfutter \(2009/141/EG\)](#) zu übermitteln. In dieser Richtlinie werden insbesondere Höchstwerte für unerwünschte Stoffe festgesetzt, um so die Sicherheit der Lebensmittel zu gewährleisten und das Verbrauchervertrauen zu erhalten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/184&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

V. Binnenmarkt, Steuern und Wettbewerbsrecht

a) Steuern

1. Konsequenter Bekämpfung von Steuerbetrug in der EU

Durch die am 15.02. im Rat verabschiedete Richtlinie wird sichergestellt, dass die Mitgliedstaaten leichter feststellen können, welche Einkünfte ihre Steuerpflichtigen in der EU erzielen. Dank der neuen Bestimmungen, die 2013 in Kraft treten, werden in der EU der OECD-Standard für den Austausch von Informationen auf Ersuchen angewandt. Dies bedeutet, dass die Mitgliedstaaten das Informationsersuchen anderer Mitgliedstaaten nicht mehr einfach unter Berufung auf das Bankgeheimnis ablehnen können. Ab 2015 werden die Mitgliedstaaten die ihnen vorliegenden Informationen über bestimmte Arten von Einkünften und Vermögen, beispielsweise Vergütungen

aus unselbständiger Arbeit oder Ruhegehälter, automatisch untereinander austauschen.
<http://www.consilium.europa.eu/showFocus.aspx?id=1&focusId=558&lang=de>

2. Noch keine Einigung über Abkommen zu Zinsen und Betrugsbekämpfung

Der Rat befassete sich am 15.02. mit der Änderung der Zinsbesteuerung (RL 2003/48/EG), einem Abkommen mit Liechtenstein zur Betrugsbekämpfung und zum Informationsaustausch in Steuersachen und einem Verhandlungsmandat für derartige Abkommen mit Andorra, Monaco, San Marino und der Schweiz. Dem Abkommen mit Liechtenstein kommt für alle genannten Drittstaaten Pilotcharakter zu, da das Land zu einem Informationsaustausch nicht nur über Steuerbetrug, sondern auch einfache Steuerhinterziehung bereit ist, und zwar sowohl bei direkten als auch bei indirekten Steuern, sowohl bei natürlichen als auch bei juristischen Personen. Widerstand kommt von Österreich und Luxemburg, die bisher statt einem Informationsaustausch über Zinseinkünfte eine Abgeltungssteuer erheben können.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/119316.pdf (Council Ecofin)

3. Verhaltenskodex für Unternehmensbesteuerung

Der Rat begrüßte am 15.02. die Fortschritte, die die Gruppe "Verhaltenskodex (Unternehmensbesteuerung)" unter belgischem Vorsitz erzielt hat und nahm den enthaltenen Tätigkeitsbericht für das 2. Halbjahr 2010 (s.u.) zur Kenntnis. Dieser wies auf unfaire Praktiken in den britischen Gebieten Jersey und Isle of Man hin. Der Rat ersucht die Gruppe, die Einhaltung der Stillhalteverpflichtung und die Umsetzung der Rücknahmeverpflichtung weiter zu überwachen und im Rahmen des vom Rat am 05.12.08 vereinbarten Arbeitspakets (s.u.) weiterzuarbeiten. Ferner ermutigt der Rat die Kommission, die Verbreitung der Grundsätze des Kodex in Drittländern und die Beratungen mit der Schweiz und Liechtenstein über die Anwendung der Grundsätze des Kodex weiterzuführen, wie vom Rat am 08.06.10 gefordert (s.u.).

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st17/st17380.de10.pdf> (Schlussfolgerungen)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/10/st16/st16766.en10.pdf> (Report to Ecofin)

b) Wettbewerbsrecht

1. Bundesregierung reicht Vorschläge für WestLB ein

Die Bundesregierung hat am 17.02. fristgemäß Vorschläge zur Restrukturierung der WestLB bei der EU-Kommission eingereicht. Die Restrukturierung ist zum Ausgleich der empfangenen Staatsbeihilfen erforderlich. Bei der Kommission gingen folgende Dokumente ein: (i) ein von der Bank selbst vorbereiteter Restrukturierungsplan, (ii) ein vom Bundesfinanzminister eingereichtes alternatives Restrukturierungskonzept. Danach würde ein begrenzter Teil der WestLB eine Verbundbank werden, die den Sparkassen gehört und für diese als Dienstleister tätig wäre. Veräußerbare Portfolios würden ausgegliedert. Nicht veräußerbare Teile würden in die bestehende Bad Bank überführt. Darüber hinaus wurde der Kommission ein Bericht über den Verkaufsprozess vorgelegt. http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9747_de.htm

2. Mehr Rückforderungen illegaler Beihilfen

2010 haben die Mitgliedstaaten insgesamt 530 Mio. EUR an staatlichen Beihilfen zurückgefordert, die sie Unternehmen ohne vorherige Anmeldung bei der Kommission gewährt haben und die später als nicht mit den Beihilfavorschriften vereinbar eingestuft wurden. Damit beläuft sich der in den vergangenen zehn Jahren zurückgeforderte Beihilfebetrug auf insgesamt 10,9 Mrd. EUR. Außerdem werden die Beihilfen schneller zurückgefordert: So wurden 2010 insgesamt 57 % der rechtswidrig gewährten Beihilfen bereits nach weniger als zwei Jahren entweder zurückgefordert oder es wurde beim Europäischen Gerichtshof eine entsprechende Klage erhoben. 2009 lag der Anteil noch bei 48,3 %, 2007 bei nur 26,9 %. Fortschritte sind allerdings überwiegend bei neuen Fällen zu verzeichnen, während es bei älteren Beihilfesachen einen Rückstand gibt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/201&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/competition/state_aid/studies_reports/recovery.html

VI. Wirtschaft und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Annäherung bei Reform der Wirtschaftspolitik

Die Finanzminister der EU diskutierten am 15.02. zum ersten Mal die Details der sechs Gesetzesentwürfe zur Reform der Wirtschaftspolitik. Nach Meinung der ungarischen Ratspräsidentschaft haben sich die Standpunkte bedeutend angenähert, so dass der Rat bis März seinen gemeinsamen Standpunkt festlegen kann, erklärte György Matolcsy, Minister für Volkswirtschaft. Nur so könne bis Ende Juni mit dem Europäischen Parlament eine politische Einigung erzielt werden.

György Matolcsy war auf seiner Pressekonferenz der Meinung, dass die Mitgliedsstaaten „in allen wesentlichen Bereichen“ die Termine einhielten. Die Ratspräsidentschaft hat in den sechs Gesetzesentwürfen elf offene Fragen erkannt. György Matolcsy begrüßte, dass die Minister eine der strittigen Fragen klärten, die die Handhabung unerwarteter Einnahmen in dem Teil des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zur Vorbeugung regelt. György Matolcsy wies darauf hin, dass weiterhin Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Berechnung von Staatsschulden bestehen.

<http://www.eu2011.hu/node/13546>

<http://www.euractiv.com/de/finanzdienstleistungen/eu-schuldengesprache-noch-immer-eine-baustelle-news-502212>

2. Rat empfiehlt makroökonomische und haushaltspolitische Leitlinien

In einer Vorlage für den Europäischen Rat am 24./25.03., betonte der Rat am 15.02., dass im Kontext einer stärker integrierten Länderüberwachung im Rahmen des Europäischen Semesters, der Schwerpunkt der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme und der nationalen Reformprogramme für 2011/2012, in erster Linie auf einer konsequenten Haushaltskonsolidierung, einer Förderung des Beschäftigungszuwachses und einer Beschleunigung wachstumsfördernder Strukturreformen liegen sollte. Er ersucht die Kommission, auf dieser Grundlage ehrgeizige länderspezifische Empfehlungen vorzuschlagen und ferner ehrgeizige Vorschläge für Maßnahmen auf EU-Ebene und für das Euro-Währungsgebiet zu unterbreiten. Der Rat begrüßte den ersten Jahreswachstumsbericht der Kommission, der den Beginn des Europäischen Semesters markiert.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st05/st05991.de11.pdf>

3. Haushaltskonsolidierung auch zulasten der Sozialtats

In seiner Vorlage für den Europäischen Rat am 24./25.03., war sich der Rat am 15.02. ferner einig, dass es alle Mitgliedstaaten für tragbare Staatsschulden sorgen, müssten, und zwar nicht zuletzt durch die Umsetzung glaubwürdiger und detaillierter Konsolidierungspläne, bei denen es in den meisten Fällen neben Renten-, Gesundheits- und Arbeitsmarktreformen jährlicher struktureller Haushaltsanpassungen bedürfe, die deutlich über 0,5 % des BIP lägen. In Mitgliedstaaten, gegen die ein Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits eingeleitet wurde, sollten die Defizitziele und die Strukturanpassungen strikt auf eine rechtzeitige Korrektur des übermäßigen Defizits zugeschnitten sein; bei einer besseren Einnahmesituation sollte die Haushaltskonsolidierung noch weiter beschleunigt werden.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st05/st05991.de11.pdf>

4. Haushaltskonsolidierung auch zulasten der Sozialtats

In seiner Vorlage für den Europäischen Rat am 24./25.03., war sich der Rat am 15.02. ferner einig, dass es alle Mitgliedstaaten für tragbare Staatsschulden sorgen, müssten, und zwar nicht zuletzt durch die Umsetzung glaubwürdiger und detaillierter Konsolidierungspläne, bei denen es in den meisten Fällen neben Renten-, Gesundheits- und Arbeitsmarktreformen jährlicher struktureller Haushaltsanpassungen bedürfe, die deutlich über 0,5 % des BIP lägen. In Mitgliedstaaten, gegen die ein Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits eingeleitet wurde,

sollten die Defizitziele und die Strukturanpassungen strikt auf eine rechtzeitige Korrektur des übermäßigen Defizits zugeschnitten sein; bei einer besseren Einnahmesituation sollte die Haushaltskonsolidierung noch weiter beschleunigt werden.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st05/st05991.de11.pdf>

5. Europäische Zentralbank unterstützt Pakt für Wettbewerbsfähigkeit

In verschiedenen Interviews machte EZB-Präsident Jean-Claude Trichet klar, dass die EZB eine stärkere wirtschaftspolitische Koordination im Eurogebiet unterstütze. Dies sei nicht nur gut, sondern absolut notwendig. Wettbewerbsfähigkeit sei die Grundlage für alles. Das Eurogebiet sei weltoffener als Japan oder die USA und akzeptiere den globalen Wettbewerb. Gleichzeitig weise es ein wesentlich geringeres Haushaltsdefizit als diese Länder auf. In einem Währungsgebiet ohne politische Föderation sei aber eine strenge Haushaltsüberwachung mit quasi-automatischen Sanktionen absolut notwendig. Er hoffe, dass über das Europäische Parlament die Vorschläge zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts entsprechend nachgebessert würden.

http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2011/html/sp110214_1.en.html

<http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2011/html/sp110216.en.html>

6. Eurogebiet braucht eigene Wirtschaftsregierung

In einer Rede am 14.02. in Halle an der Saale, betonte EZB-Direktoriumsmitglied Lorenzo Bini Smaghi, dass durch eine kohärentere Wirtschaftspolitik im Eurogebiet die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank nicht in Frage gestellt würde. Problematisch für die EZB sei eher das Fehlen eines starken Entscheidungsträgers auf politischer Ebene, da hierdurch die Wirksamkeit der Geldpolitik beeinträchtigt werden könne. Eine derartige Wirtschaftsregierung könne auch nicht auf der Ebene aller 27 Mitgliedstaaten wahrgenommen werden, da sich das Problem der Wettbewerbsfähigkeit innerhalb einer Währungsunion ganz anders stelle als außerhalb. So seien im Eurogebiet strengere Regeln für das Finanzsystem, ähnlich wie nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt, erforderlich.

<http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2011/html/sp110214.en.html>

7. Deutschland verknüpft Euro-Rettungsfonds mit stärkerer Koordination

Beim Treffen der Finanzminister in der Eurogruppe am 14.02. bestand weitgehend Einigkeit, den Euro-Rettungsfonds so auszustatten, dass die vollen 440 Mrd. EUR des auf die Mitgliedstaaten entfallenden Anteils genutzt werden können. Deutschland macht seine Zustimmung allerdings von einer stärkeren wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit abhängig.

<http://www.euractiv.com/de/finanzdienstleistungen/eu-gr-eren-rettungsfonds-news-502174>

b) Energie

Eröffnung der neuen Energieagentur ACER am 03.03. in Ljubljana:

EU-Energiekommissar Günther Oettinger eröffnet in der slowenischen Hauptstadt die neue Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (Agency for the Cooperation of Energy Regulators - ACER). Die neu geschaffene Agentur ergänzt und koordiniert die Arbeit der nationalen Energieregulierungsbehörden auf europäischer Ebene. Am gleichen Tag tritt das 3. Paket der Liberalisierung des Energiesektors in Kraft.

http://ec.europa.eu/energy/gas_electricity/acer/acer_en.htm

c) Währung und Finanzen

1. Griechenland erfüllt Bedingungen für dritte Hilfstranche

Ein Team der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank und des Weltwährungsfonds kam nach seiner Inspektionsreise vom 27.01. bis 11.02. zu dem Ergebnis, dass Griechenland die vereinbarten Maßnahmen im Wesentlichen umgesetzt hat. Die nächste Tranche von 15 Mrd. EUR (davon 4.1 Mrd. vom IWF) könne also bewilligt werden. Das Haushaltsdefizit sei 2010 um 6%/BIP auf 9.5%/BIP gedrückt worden. Die Exporte hätten sich positiv entwickelt, es müssten

aber noch bürokratische Hürden für die Exportwirtschaft abgebaut werden. Notwendig seien auch eine Verstärkung des Privatisierungsprogramms und ein höherer Ertrag des staatlichen Wirtschaftsvermögens. Zu den nächsten Schritten gehöre eine Belebung des Fremdenverkehrs. Der Wirtschaftsabschwung komme Ende des Jahres zum Stillstand.

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2011/html/pr110212.en.html>

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2011/html/pr110211.en.html>

2. Belgier für Direktorium der Europäischen Zentralbank nominiert

Der Rat beschloss am 15.02., den Präsidenten der belgischen Zentralbank, Peter Praet, als Nachfolger des zum 31.05. ausscheidenden österreichischen EZB-Direktoriumsmitglieds Gertrude Tumpel-Gugerell, vorzuschlagen. Dieser Vorschlag wird dem Europäischen Rat, nach Anhörung des Europäischen Parlaments und der Europäischen Zentralbank, übermittelt, so dass er am 24./25.03. entscheiden kann. Praet hatte sich in einer Anhörung vor dem Wirtschaftsausschuss des EP eindeutig gegenüber der Slowakin Elena Kohutikova durchgesetzt.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/119316.pdf (Council Ecofin)

3. Haushaltsleitlinien für das Jahr 2012

Der Rat beschloss am 15.02. als Basis für Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament und der Kommission Haushaltsleitlinien. Der Rat geht davon aus, dass die Folgen der Wirtschaftskrise, einschließlich der Bemühungen um eine rigorose Haushaltskonsolidierung, im Jahr 2012 nach wie vor bestimmend sein werden. Daher müssten im Haushaltsplan für 2012 unbedingt die wirtschaftlichen und budgetären Zwänge auf einzelstaatlicher Ebene berücksichtigt werden. Der Rat hebt ferner hervor, dass es Ziel des Vermittlungsausschusses sei, gemäß Artikel 314 AEUV den Haushaltsplan der Union für 2012 festzulegen, und dass die Arbeit sich strikt darauf konzentrieren sollte und alle Fragen, die nicht unmittelbar mit dem Jahreshaushaltsplan zusammenhängen, vermieden werden sollten.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/119316.pdf (Council Ecofin)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st05/st05895.de11.pdf> (Haushaltsleitlinien)

4. Entlastung für 2009

Der Rat beschloss am 15.02., bei Enthaltung der Niederlande, Schwedens und Großbritanniens, die Empfehlung zur Entlastung der Kommission zur Ausführung des Gesamthaushaltsplans der EU für das Haushaltsjahr 2009. Ferner votierte er für die Entlastung der Einrichtungen, Exekutivagenturen und Gemeinsamen Unternehmen. Diese Empfehlungen werden, zusammen mit Stellungnahmen des Rates zu Sonderberichten des Europäischen Rechnungshofes, dem Europäischen Parlament übermittelt.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/119316.pdf (Council Ecofin)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st05/st05891.de11.pdf> (Kommission)

5. Fortschritte Bulgariens und Rumäniens bei Korruptionsbekämpfung

Nach den Zwischenberichten der Kommission vom 18.02. im Rahmen des Überwachungsverfahrens für den Bereich Justiz und Inneres hat Bulgarien die Umsetzung seiner Justizreformstrategie weiter verfolgt. Die Zahl der Urteile in wichtigen Korruptionsfällen ist im Berichtszeitraum gestiegen, gleichzeitig ergingen jedoch eine Reihe von Freisprüchen in prominenten Fällen von Korruption auf hoher Ebene, Interessenskonflikten, Betrug und organisierter Kriminalität. Rumänien hat ebenfalls seine Justizreform fortgesetzt. Ferner konnte die Nationale Korruptionsbekämpfungsbehörde erneut überzeugende Ergebnisse bei der Untersuchung der Korruption auf hoher Ebene vorweisen. Das Parlament verhinderte jedoch Ermittlungen wegen Korruptionsverdachts gegen einen früheren Minister.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/95&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en> (Zwischenbericht Bulgarien)

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

1. Verstärkte Zusammenarbeit bei europäischem Patent

Nachdem der Rat am 14.02. gegen den Widerstand von Spanien und Italien um die Zustimmung des Europäischen Parlaments ersucht hatte, stimmte dieses am 15.02. mit breiter Mehrheit (471:160, bei 42 Enthaltungen) für das Verfahren der verstärkten Zusammenarbeit beim europäischen Patent. Mit Ausnahme von Spanien und Italien wollen sich alle Mitgliedstaaten an diesem Patentschutz beteiligen. Der Rat für Wettbewerbsfähigkeit wird voraussichtlich am 09./10.03. den Beschluss zur Ermächtigung zur verstärkten Zusammenarbeit erlassen. Die Kommission wird dann zwei Legislativvorschläge vorlegen, einen zur Sprachenregelung (Konsultationsverfahren) und einen weiteren zur Schaffung eines einheitlichen Patentschutzes (Mitentscheidungsverfahren).

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110215IPR13680/html/EU-Patent-Parlament-stimmt-f%C3%BCr-die-Anwendung-der-verst%C3%A4rkten-Zusammenarbeit> (PM EP)

2. Kommission präsentiert EU-Agenda für die Rechte des Kindes

Im Vordergrund der am 16.02. vorgestellten Agenda stehen 5 Aktionen im Bereich kindgerechtere Justiz (Opferschutz, besondere Garantien für schutzwürdige tatverdächtige oder Angeklagte, erleichterte Durchsetzung von Sorgerechtsentscheidungen, mehr Publizität für Leitlinien des Europarats vom 17.11.10 für kinderfreundliche Justiz, und Fortbildung des Justizpersonals im Hinblick auf die bestmögliche Partizipation von Kindern). Weitere 6 Aktionen sind: Austausch erfolgreicher Praktiken und Schulungsmaßnahmen für Personen in Kontakt mit unbegleiteten Kindern, Maßnahmen für Roma-Kinder, Betriebsbereitschaft der Hotline 116 000 für vermisste Kinder, Schutz vor Gefahren im Internet, weitere Umsetzung der EU-Leitlinien zur Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder, und Einrichtung eines Webportals zu Kinderrechten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/156&format=HTML&aged=0&language=D&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/justice/policies/children/docs/com_2011_60_de.pdf (Mitteilung)

b) Inneres

1. Europaabgeordnete für rasche Hilfe bei illegaler Einwanderung aus Tunesien

In einer weiteren Aussprache mit Innenkommissarin Malmström im Plenum des EP am 15.02. drängten die Abgeordneten auf rasche Hilfe für Italien durch die übrigen Mitgliedstaaten und auf eine Lastenteilung in der EU bei der Aufnahme von Migranten aus den Maghreb-Ländern. Malmström versprach zusätzliche Mittel aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds und aus dem Europäischen Grenzfonds. Über die Grenzschutzagentur Frontex könnten rasch Mittel bereit gestellt werden, wenn die Mitgliedstaaten entsprechende personelle und sächliche Mittel zur Verfügung stellten. Der Einsatz von Frontex wurde von den Abgeordneten allerdings als ineffektiv bezeichnet. Malmström und die Abgeordneten waren sich aber einig, dass Tunesien bei seiner wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung geholfen werden müsse.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110215IPR13707/html/Immigration-emergency-in-southern-Mediterranean-immediate-EU-action-needed> (PM EP)

2. Visabefreiungsabkommen mit Brasilien

Das Europäische Parlament stimmte am 15.02. dem Abschluss von Abkommen für die Visabefreiung, für Aufenthalte bis zu drei Monate für Inhaber von gewöhnlichen Reisepässen und für Inhaber von Dienstpässen, zu. Nachdem derartige Befreiungen bereits für fast alle EU-Mitgliedstaaten aufgrund bilateraler Abkommen gelten, kommen nunmehr auch die Bürger von Estland, Lettland, Malta und Zypern in den Genuss dieser Befreiung.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110215IPR13676/html/Green-light-for-EUBrazil-visa-waiver-agreements> (PM EP)

3. Einbeziehung von EFTA-Staaten in Haushaltswesen für Frontex

Das EP stimmte am 15.02. dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss im Namen der EU einer Vereinbarung zwischen der Europäischen Gemeinschaft sowie der Republik Island, dem Königreich Norwegen, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über zusätzliche Regeln im Zusammenhang mit dem Außengrenzenfonds für den Zeitraum 2007 bis 2013 zu. Mit dem Übereinkommen soll gewährleistet werden, dass im Hoheitsgebiet Norwegens, Islands, der Schweiz und Liechtensteins Regeln zur Anwendung kommen, die es der Kommission ermöglichen, ihrer letztlichen Verantwortung für die Ausführung der dem Fonds zugewiesenen Haushaltsmittel in diesen Staaten gerecht zu werden. Für Liechtenstein bedeutet dies die förmliche Einbeziehung in Frontex.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0046+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

VIII. Umwelt und Verkehr

a) Umwelt

1. Emissionsreduzierung bei leichten Nutzfahrzeugen

Das Europäische Parlament stimmte am 15.02. dem Vorschlag einer EU-Rechtsvorschrift zur Senkung der CO₂-Emissionen von leichten Nutzfahrzeugen (Lieferwagen) zu. Nach dem mit dem Rat abgesprochenen Text sind die Hersteller verpflichtet, den CO₂-Ausstoß neuer Lieferwagen auf einen Flottendurchschnitt von 175 g/km zu senken. Dieser Zielwert wird ab 2014 bis 2017 schrittweise eingeführt. Er umfasst eine Emissionssenkung um 14 % im Vergleich zum Durchschnittswert von 203 g/km aus dem Jahr 2007. Außerdem wird im Rechtsakt ein Emissionsziel für 2020 festgesetzt, das mit 147 g/km einer Senkung von 28 % gegenüber den Werten von 2007 entspricht. Der Rat wird in den kommenden Wochen förmlich zustimmen.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110215IPR13672/html/CO2-Emissionen-Ja-zu-saubereren-und-sparsameren-Lieferwagen>

2. Sechs gefährliche Stoffe werden von EU schrittweise verboten

Sechs besonders besorgniserregende Stoffe werden innerhalb der kommenden drei bis fünf Jahre verboten, sofern nicht einzelne Unternehmen eine Zulassung für deren Verwendung erhalten haben. Es handelt sich um Stoffe, die krebserzeugend oder fortpflanzungsgefährdend sind, sich in der Umwelt kaum abbauen oder sich in lebenden Organismen anreichern. Diese Stoffe wurden am 17.02. von der sogenannten Kandidatenliste in die Liste zulassungspflichtiger Stoffe verschoben oder, genauer gesagt, in Anhang XIV der REACH-Verordnung (Verordnung Nr. 1907/2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe) aufgenommen. Dies sind: 5-tert-Butyl-2,4,6-trinitro-m-xylo (Moschus-Xylol), 4,4'-Diaminodiphenylmethan (MDA), Hexabromcyclododecan (HBCDD), Bis(2-ethylhexyl)phthalat (DEHP), Benzylbutylphthalat (BBP) und Dibutylphthalat (DBP).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/196&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Zwangsgeldklage gegen Irland wegen fehlendem Naturschutz

Die Kommission verklagt Irland nochmals vor dem EuGH, weil der Mitgliedstaat ein früheres Urteil zu Entwicklungen, die das Erbe der Natur- und Kulturlandschaft beeinträchtigen können, nicht umgesetzt hat. Die Kommission beantragt, einen Pauschalbetrag von über € 4000 pro Tag für den Zeitraum zwischen dem ersten und dem zweiten Urteil des Gerichtshofs sowie ein Zwangsgeld von über € 33000 pro Tag für jeden Tag nach dem zweiten Urteil, bis die Vertragsverletzung endet, zu verhängen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/168&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/environment/eia/eia-legalcontext.htm>

4. Zwangsgeldklage gegen Irland wegen fehlendem Naturschutz

Die Kommission verklagt Irland nochmals vor dem EuGH, weil der Mitgliedstaat ein früheres Urteil zu Entwicklungen, die das Erbe der Natur- und Kulturlandschaft beeinträchtigen können, nicht umgesetzt hat. Die Kommission beantragt, einen Pauschalbetrag von über € 4000 pro Tag für den Zeitraum zwischen dem ersten und dem zweiten Urteil des Gerichtshofs sowie ein Zwangsgeld von über € 33000 pro Tag für jeden Tag nach dem zweiten Urteil, bis die Vertragsverletzung endet, zu verhängen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/168&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/environment/eia/eia-legalcontext.htm>

b) Verkehr

1. Einigung im Rat über Eurovignette

Der Rat verabschiedete am 14.02. seinen Standpunkt in erster Lesung zur Änderung der Richtlinie 1999/62/EG über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge. Ziel der Richtlinie ist es, den Mitgliedstaaten die Erhebung von Gebühren zum Ausgleich der Luftverschmutzung, der Geräuscentwicklung und der Staubbildung zu erheben. Die Vorlage wird nunmehr dem EP zur zweiten Lesung übermittelt, wo mit schwierigen Beratungen zu rechnen ist.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/11/st06/st06350.en11.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st15/st15145-re01.de10.pdf> (Standpunkt)

2. Codesharing-Vereinbarungen von Lufthansa überprüft

Die Kommission hat zwei Untersuchungen eingeleitet, um festzustellen, ob Codesharing-Vereinbarungen, die in einem Fall zwischen Deutsche Lufthansa (Deutschland) und Turkish Airlines (Türkei) und in einem anderen Fall zwischen TAP Portugal (Portugal) und Brussels Airlines (Belgien) getroffen worden sind, wettbewerbswidrige Absprachen (Artikel 101 AEUV) sind. Im Mittelpunkt der Kommissionsuntersuchungen steht eine bestimmte Art von Codesharing-Vereinbarungen, mit denen die betreffenden Fluglinien sich darauf geeinigt haben, Sitze der jeweils anderen Fluglinie auf den Strecken Deutschland-Türkei und Belgien-Portugal zu verkaufen, auf denen beide Unternehmen bereits eigene Flüge zwischen eigenen Drehkreuzen anbieten („parallel hub-to-hub code-sharing“) und grundsätzlich in Wettbewerb miteinander stehen sollten

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/147&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Verfahren gegen sechs Mitgliedstaaten wegen Sibirienüberflügen

Die Kommission hat am 16.02. Vertragsverletzungsverfahren gegen Irland, Polen, Portugal, die Slowakei, Spanien und Zypern wegen ihrer bilateralen Luftverkehrsabkommen mit Russland eingeleitet. Ähnliche Aufforderungsschreiben richteten sich im Oktober 2010 bereits an Deutschland, Finnland, Frankreich und Österreich (siehe [IP/10/1425](#)) sowie im Januar 2011 an Belgien, Dänemark, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Schweden und das Vereinigte Königreich (siehe [IP/11/74](#)). Die Kommission nimmt derzeit eine Bewertung der Einhaltung des EU-Rechts in den bilateralen Luftverkehrsabkommen der übrigen Mitgliedstaaten mit Russland vor. Die Zahlung von Gebühren könne nicht nur zu einer Verteuerung der Flüge, sondern auch zu einem unfairen Wettbewerb zwischen EU- und Nicht-EU-Luftfahrtunternehmen führen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/186&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

4. Polen muss Sicherheitsstandards auf Flughäfen einhalten

Die Kommission hat Polen aufgefordert, das EU-Recht zur Luftverkehrssicherheit ohne Einschränkungen anzuwenden. Die Kommission ist besorgt, dass Polen die gemeinsamen Sicherheitsstandards auf manchen Flughäfen nicht anwendet und auch keine alternativen Sicherheitsverfahren eingeführt hat.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/187&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

IX. Medien und Informationsgesellschaft

1. Europäisches Gericht kippt Exklusivrechte für Bezahlsender

Das europäische Gericht entschied, dass die Kommission es fehlerfrei für unionsrechtskonform hielt, dass das Vereinigte Königreich alle Spiele der Weltmeisterschaft und der EURO und Belgien alle Spiele der Weltmeisterschaft als „Ereignis von erheblicher Bedeutung“ für ihre jeweilige Gesellschaft einstufen. Bei Wettbewerben, die in ihrer Gesamtheit von erheblicher gesellschaftlicher Bedeutung sind, sei die Beschränkung von Exklusivrechten durch das Recht auf Informationen und durch die Notwendigkeit, der Öffentlichkeit breiten Zugang zur Fernsehberichterstattung zu gewährleisten, gerechtfertigt. Die Klagen der FIFA und der UEFA werden daher abgewiesen. Hiergegen ist ein Rechtsmittel zum Europäischen Gerichtshof möglich.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-02/cp110009de.pdf> (PM EuGH)

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=rechercher&numaff=T-385/07> (Urteil)

2. EP vertagt EntschlieÙung über ungarisches Mediengesetz

Das Parlament hat angesichts der Erklärung der Kommission während der Debatte am 16.02. beschlossen, die Abstimmung zu den EntschlieÙungen über das ungarische Mediengesetz zu vertagen. Kommissarin Neelie Kroes hatte erklärt, dass mit den ungarischen Staatsorganen eine Einigung erzielt worden sei, das ungarische Mediengesetz an die EU-Gesetzgebung anzupassen.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110217IPR13810/html/Ungarisches-Mediengesetz-Parlament-verschiebt-Abstimmung-%C3%BCber-Entschlie%C3%9Fung>

3. Umfrage stärkt Reformvorhaben zur Roamingverordnung

Nach einer Eurobarometerumfrage schränken 72% der Reisenden in Europa die Nutzung des Mobiltelefons im Ausland aus Sorge vor hohen Kosten ein. Nur 19% halten die Kosten für das Datenroaming für fair. Die Ergebnisse dieser Erhebung und der öffentlichen Konsultation zur Zukunft der Roamingverordnung ([IP/10/1679](#)), die am 11. 02. endete, fließen in die bis Juni 2011 fällige Überarbeitung der derzeitigen Roamingvorschriften der EU durch die Kommission ein. Ziel ist eine weitgehende Angleichung der Roamingtarife an die nationalen Tarife.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/148&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

X: Bildung, Forschung, Kultur

1. Mehr Wettbewerbsfähigkeit und Innovation durch Bildung

Der Rat Bildung verabschiedete am 14.02. Schlussfolgerungen in denen aufgezeigt wird, wie die allgemeine und die berufliche Bildung dazu beitragen können, dass die Wirtschaft Europas wettbewerbsfähiger und innovativer wird. Kernziele sind die Senkung des Anteils der Schulabbrecher auf unter 10 % und die Erhöhung des Anteils der 30-34-jährigen mit einem tertiären Bildungsabschluss auf mindestens 40 %. Zur Verringerung der Schulabbrecherquote sind Maßnahmen wie eine "zweite Bildungschance", mehr innovative Unterrichtsmethoden und eine Sonderförderung für benachteiligte Gruppen wie Migranten und Roma vorgesehen. Zur Steigerung der Zahl der Hochschulabsolventen sind verbesserte Bildungssysteme, aktualisierte Lehrpläne und eine bessere Verwaltung erforderlich.

<http://www.consilium.europa.eu/showFocus.aspx?id=1&focusId=557&lang=de>

2. Kommission fordert allgemeinen Zugang zu Vorschulerziehung

Am 17.02. gab die Europäische Kommission erstmals einen Aktionsplan bekannt, der Kindern einen besseren Start ins Leben ermöglichen und die Grundlagen für erfolgreiches lebenslanges

Lernen, soziale Integration, persönliche Entwicklung und berufliche Eingliederung in späteren Lebensphasen schaffen soll. Die Vorschläge der Kommission, zu denen die Forderung nach allgemeinem Zugang zu einer hochwertigen Vorschulerziehung gehört, tragen auch zu zwei Kernzielen der Strategie Europa 2020 der EU-Kommission bei, nämlich den Anteil der Schulabbrecher unter 10 % zu drücken und mindestens 20 Millionen gefährdete Menschen vor Armut und sozialer Ausgrenzung zu schützen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/185&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

XI: Sonstiges

1. Deutsche gehen von Ende der Wirtschafts- und Finanzkrise aus

Nach dem am 18.02. von der Kommission in Berlin veröffentlichten Eurobarometers sind 55 % der Befragten überzeugt, dass die Krise vorbei ist. Damit sind die Deutschen zuversichtlicher als die Bürger der meisten anderen EU-Länder. Besorgt sind die Deutschen (43%) vor allem über die hohe Staatsverschuldung vieler EU-Staaten. Zur Bewältigung der Schuldenkrise setzen sie auf eine stärkere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten (93%) sowie den Abbau der Schulden im eigenen Land (86%). Die Deutschen erwarten von der EU eine strengere Überwachung der Finanzdienstleister (84%) sowie eine stärkere Abstimmung der Wirtschaftspolitik zwischen den Mitgliedsländern (80%). http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9752_de.htm

2. Andere Stuttgarter Firma erstellt Doppel-Büroturm für EZB in Frankfurt

Am 17.02. vergab die Europäische Zentralbank (EZB) den Vertrag für die noch ausstehenden Rohbauleistungen bezüglich des Doppel-Büroturms an das Bauunternehmen Ed. Züblin AG in Stuttgart, das mehrheitlich der österreichischen Strabag SE gehört. Bei der 2010 abgeschlossenen Ausschreibung für die Rohbauarbeiten zur Errichtung des Doppel-Büroturms hatte die Ed. Züblin AG den zweiten Platz, nach der Stuttgarter Firma Baresel, belegt. Der Fertigstellungstermin des Neubaus – Ende 2013 – bleibt unverändert, der Umzug der EZB in ihr neues Gebäude wird im Anschluss, d. h. 2014, erfolgen.

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2011/html/pr110217.de.html>